

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

17. November 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es wieder zahlreiche bewaffnete Zwischenfälle und Anschläge gegen Sicherheitskräfte und Repräsentanten des Staates, bei denen auch Zivilisten zu Schaden kamen. So wurden am 11.11.14 beim Einschlag zweier Mörsergeschosse in Jalalabad (Hauptstadt der östlichen Provinz Nangarhar) ein Zivilist getötet und neun verletzt. In Kandahar (Hauptstadt der gleichnamigen südlichen Provinz) wurde ein Schuldirektor von Unbekannten erschossen. In der nordöstlichen Provinz Kunduz (im Distrikt Khanabad) wurden drei afghanische Soldaten entführt. Bei einer 24-stündigen Operation der vereinten afghanischen Sicherheitskräfte gegen Aufständische starben nach offiziellen Angaben mindestens 21 Taliban. Betroffen waren die Provinzen Kunduz (Nordosten), Logar (Zentralafghanistan) Nuristan, Kunar, Laghman (Osten), Paktia, Paktika, Khost, Ghazni (Südosten), Zabul, Kandahar und Uruzgan (Süden). Am 12.11.14 wurden im Distrikt Andar der südöstlichen Provinz Ghazni ein Mitglied der Afghan Local Police (ALP) und dessen Eltern erschossen. Im Distrikt Haskamina der östlichen Provinz Nangarhar erzwangen die Taliban die Schließung sämtlicher Schulen und blockierten Straßen. Sie fordern die Freilassung von Gefangenen. Ebenfalls in Nangarhar (Distrikt Spin Ghar) wurden bei einem Drohnenangriff sechs Taliban getötet. In der westlichen Provinz Herat starben zwei Zivilisten beim Einschlag einer Mörsergranate. Am 13.11.14 wurden bei zwei Selbstmordanschlägen auf einen NATO-Konvoi in Nangarhar ein Zivilist getötet und einer verletzt. Im westlichen Herat erschossen Unbekannte einen prominenten schiitischen Geistlichen. Bei zwei Bombenexplosionen im südlichen Kandahar wurden mindestens fünf Zivilisten getötet und fünf verwundet. Im westlichen Farah tötete eine Straßenbombe drei Polizisten und verletzte einen Journalisten. Am 14.11.14 wurden bei Zusammenstößen im Distrikt Chapa Dara (östliche Provinz Kunar) sechs Aufständische und drei Sicherheitskräfte getötet. Im Distrikt Shinkai der südlichen Provinz Zabul erschossen Taliban ein Mitglied des Provinzrates. Im Distrikt Bagram (zentralafghanische Provinz Parwan) kamen drei NATO-Soldaten bei einem Selbstmordanschlag um. In der östlichen Provinz Nangarhar wurden bei zwei Vorfällen vier Zivilisten getötet. Am 15.11.14 ermordeten Taliban in der südöstlichen Provinz Paktia zwei Stammesälteste, die sie als Geiseln genommen hatten. Bei mehreren Zusammenstößen in den östlichen Provinzen Laghman und Kunar starben 35 Aufständische und zwei Polizisten. In der nordöstlichen Provinz Kunduz wurden bei Militäroperationen über 60 Aufständische, darunter ausländische Kämpfer, getötet und Dutzende gefangen genommen. Am 16.11.14 erlitt eine Abgeordnete in der Hauptstadt Kabul bei einem Selbstmordanschlag Verletzungen. Drei Menschen wurden getötet, 22 verletzt. In der nordöstlichen Provinz Badakhshan wurde der Polizeichef bei einem Bombenanschlag verletzt, ein Polizist kam um.

Opiumanbau auf Rekordhöhe

Nach einem Bericht des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) produziert Afghanistan rund 90 Prozent der illegalen Opiate weltweit und erreichte damit 2014 einen neuen Höchststand. Lediglich 15 von 34 Provinzen gelten als opiumfrei. Die größten Anbaugelände liegen in der südlichen Provinz Helmand, wo nahezu die Hälfte des afghanischen Opiums angebaut wird, gefolgt von den Provinzen Kandahar (Süden), Farah (Westen) und Nangarhar (Osten).

Pakistan

Sicherheitslage

Am 11.11.14 starben mindestens 27 Menschen bei einer Reihe von Zwischenfällen, darunter zwei Bombenanschläge und ein Überfall auf einen Militärposten in den Stammesgebieten sowie ein Autobombenanschlag auf einen Richter in Quetta.

Seit Beginn der Offensive gegen die Taliban vor fünf Monaten hat die pakistanische Armee in den Stammesgebieten nach eigenen Angaben 1.200 Taliban getötet.

Sondergericht erlässt Haftbefehl gegen Oppositionsführer Imran Khan

Ein Anti-Terror-Sondergericht hat am 13.11.14 Haftbefehle gegen Imran Khan, den Vorsitzenden der Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI, Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit), und den islamischen Prediger Tahir-ul-Qadri sowie gegen 26 Andere erlassen. Die Haftbefehle stehen im Zusammenhang mit den seit Sommer dieses Jahres laufenden, teils gewaltsamen Protesten gegen die Regierung von Premierminister Nawaz Sharif. Nach Angaben der Polizei habe es bisher keine Festnahmen gegeben. Qadri reiste bereits Ende Oktober nach Kanada aus.

Christ wegen Blasphemie verhaftet

In Lahore wurde am 16.11.14 ein Christ wegen des Vorwurfs der Blasphemie verhaftet. Der Computerspezialist soll im Jahr 2011 auf einer christlichen Internetseite gegen den Propheten gerichtete blasphemische Äußerungen veröffentlicht haben. Er war seit einer Anzeige flüchtig.

Jemen

US-Sanktionen gegen Ex-Staatschef Saleh und zwei schiitische Rebellenführer

Die USA haben nach Mitteilung des US-Finanzministeriums vom 09.11.14 Sanktionen (Einfrieren des Vermögens in den USA, keine Geschäftsbeziehungen zu US-Bürgern) gegen Ex-Staatschef Ali Abdullah Saleh und die schiitischen Rebellenführer der Houthi-Milizen, Abd al-Khalik al-Houthi und Abdullah Yahya al-Hakim, verhängt. Saleh wird vorgeworfen, mit Hilfe der Houthi-Rebellen Chaos stiften zu wollen, um selbst wieder in das Präsidentenamt zurückzukehren.

Houthi-Rebellen verstärken Präsenz im Südjemen

Die schiitischen Houthi-Rebellen verstärken ihre Präsenz im Süden. Ein Beamter der Stadt Damat teilte am 12.11.14 der dpa mit, dass mehrere Stützpunkte in der Provinz Al-Dalia (südöstlich von Sanaa) errichtet worden seien. Die Rebellen hätten angekündigt, die Region vor Angriffen von Mitgliedern der Terrororganisation al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) absichern zu wollen. Seit Wochen liefern sich die sunnitischen AQAP-Anhänger und Houthis fast täglich Gefechte in mehreren südjemenitischen Provinzen.

Irak

Rückeroberung von Baiji

Nach der Rückeroberung der Stadt Baiji (Provinz Salahaddin) durch die irakischen Streitkräfte am 14.11.14 haben diese am 15.11.14 den Belagerungsring der größten Ö raffinerie nördlich von Baiji, der durch den Islamischen Staat (IS) gebildet wurde, durchbrechen können. Baiji war seit Anfang Juni unter der Kontrolle des IS. Die irakischen Streitkräfte wurden Berichten zufolge von Milizen und Stammeskämpfern unterstützt.

Flüchtlinge

UNHCR warnte am 11.11.14 davor, dass infolge fehlender Finanzierungsmittel und der steigenden Anzahl intern Vertriebener in Irak etwa eine Million Flüchtlinge ohne adäquate Winterversorgung bleiben werden. Es mangle an grundlegenden Dingen wie Decken, Jacken, Zeltisolierungen und Heizgeräten.

Syrien/Irak

IS baut Staatswesen aus

In ihrem Herrschaftsbereich in Syrien und im Irak (jeweils ca. 1/3 des Landes) baut die Terrormiliz staatliche Strukturen aus. Es gibt eine Krankenversicherung, Heiratsbeihilfen und Unterstützungszahlungen für die Familien getöteter oder inhaftierter Aktivisten. Zu den Selbstmordattentätern werden Personalakten geführt. Einnahmequellen des IS stammen aus dem Ölverkauf, Geldzahlungen von Geschäftsleuten (Schutzgeld-Erpressung), wobei zwischen den ärmeren und reicheren Bezirken des IS eine Art Länderfinanzausgleich stattfinden soll.

Syrien

Bündnis von IS und al-Qaida?

Nach Informationen der Nachrichtenagentur AP wollen die Terrororganisationen Islamischer Staat (IS) und al-Qaida ihren Kampf gegeneinander einstellen und künftig zusammen gegen ihre Gegner vorgehen. Der IS und die zu al-Qaida gehörende al-Nusra-Front haben sich bisher bekämpft, um ihren Führungsanspruch bei der Rebellion gegen das Regime von Präsident Bashar al-Assad durchzusetzen. Syrische Aktivisten widersprachen den Meldungen.

IS enthauptet weiteren Amerikaner

IS hat nach eigenen Angaben vom 16.11.2014 den Amerikaner Peter Kassig, einen ehemaligen US-Soldaten, der in der Türkei eine Hilfsorganisation für die Opfer des syrischen Bürgerkrieges gegründet hatte und im Oktober 2013 verschleppt worden war, enthauptet und dieses Video auf islamistischen Internetseiten veröffentlicht. Er ist damit die fünfte westliche Geisel, deren Enthauptung vom IS öffentlich gezeigt wurde.

UN beschuldigen den IS der Begehung von Kriegsverbrechen

Ein neuer Bericht der Internationalen Syrien-Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats schildert die Brutalität, mit der der IS gegen die syrische Bevölkerung vorgeht, u.a. öffentliche Exekutionen und häufige Zurschaustellung der Opfer an Kreuzen für zwei bis drei Tage, Amputationen und Auspeitschungen sowie Gewaltakte gegen Frauen und Kinder, Aktivisten und Journalisten. Nach einer Attacke im Nordirak im August 2014 wurden z.B. hunderte Jesidinnen entführt und auf Märkten als Kriegsbeute verkauft, als Sexsklavinnen gehalten oder vergewaltigt.

Anschlag auf Atomingenieure

Nach Berichten der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte und der regimetreuen Zeitung „al-Watan“ wurden am 09.11.14 in einem Vorort von Damaskus bei einem Überfall fünf Atomingenieure getötet, darunter ein Iraner. Sie seien in einem kleinen Konvoi auf dem Weg in ein Forschungszentrum in Barseh bei Damaskus gewesen, als sie unter Beschuss gerieten. Die UNO-Atombehörde IAEA hatte 2013 erklärt, Syrien verfüge nach eigenen Angaben über eine geringe Menge von Nuklearmaterial. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

UN-Sondergesandter strebt „Freeze Zones“ an

Der UN-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, versucht mit einem Aktionsplan das Ausmaß der Gewalt zu reduzieren. Die Konfliktparteien sollen sich auf bestimmte Zonen verständigen, in denen die Situation eingefroren („Freeze Zones“) und die Kämpfe gestoppt werden. Dies solle zuerst in Aleppo geschehen, später in anderen Ortschaften. Er hofft, über lokale Waffenruhen mit einem politischen Prozess beginnen und ihn auf nationaler Ebene ausweiten zu können.

Iran

Revolutionsführer veröffentlicht Plan zu Beseitigung des Staates Israel

Ayatollah Seyyed Ali Khamenei hat auf seinem offiziellen Twitter-Account am 09.11.14 einen Mehr-Punkte-Plan zur Beseitigung Israels dargelegt. Darin beschuldigt er Israel, seine politischen Ziele durch Morde – auch an Kindern – sowie durch Gewalt und einer Politik der eisernen Faust umsetzen zu wollen. Definitiv sei nicht an ein Massaker an den in der Region lebenden Juden gedacht. Ein „sauberer Weg“ zur Beseitigung des israelischen Staates wäre die Abhaltung eines Referendums unter allen Menschen, die aus Palästina stammten.

UN-Bericht zur gesellschaftlichen Situation der Frauen

Laut aktuellem Bericht des UN-Menschenrechtsbeauftragten für Iran, Ahmad Shaheed, machen Frauen nur 16 % der Arbeitskräfte und 17 % aller Führungskräfte, Abgeordneten und hochrangigen Beamten aus. Von den Parlamentariern sind nur 3 % weiblich. Auch im häuslichen Bereich gestaltet sich das Leben der Iranerinnen zum Teil schwierig. So wurden 66 % bereits Opfer häuslicher Gewalt (in Europa jede dritte, in Deutschland jede vierte Frau).

Palästinensische Autonomiegebiete/Israel

Abbas und Netanjahu werfen sich Schuld an Spannungen vor

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu machen sich gegenseitig für die aktuellen Spannungen im Nahen Osten verantwortlich. Abbas beschuldigte Israel insbesondere, den Nahen Osten wissentlich in einen zerstörerischen Religionskrieg zu stürzen. Demgegenüber warf Netanjahu Abbas vor, die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern vorsätzlich zu schüren. Unterdessen lieferten sich am 11.11.14 Palästinenser neue Auseinandersetzungen mit der israelischen Armee im Flüchtlingslager Al-Aroub nördlich von Hebron. Nach Armeeangaben hätten rd. 200 Palästinenser nahe dem Lager gewalttätig demonstriert. Im Zuge der Krawalle sei ein 21-jähriger Palästinenser von Soldaten erschossen worden.

Fatah-Führer Bargouti ruft zu Gewalt gegen Israel auf

Mit seinem Aufruf, Israel mit Gewalt zu bekämpfen, nährt der inhaftierte Fatah-Führer Marwan Bargouti die Befürchtungen vor einer erneuten Intifada. „Die Option des gewaltsamen Widerstandes bleibt der kürzeste Weg, um die Besatzung zu besiegen“, schrieb der seit 2002 wegen Beteiligung an der Ermordung von fünf Israelis verurteilte Bargouti in einem offenen Brief.

Ägypten

Dschihadistengruppe schließt sich IS an

Die radikale ägyptische Islamistengruppe Ansar Bait al-Makdis (JABM) hat laut einer Audiobotschaft, die im Internet in der Nacht zum 04.11.14 verbreitet wurde, dem IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi die Treue geschworen. Nach Schätzung des ägyptischen Geheimdienstes gehören der JABM etwa 2000 Kämpfer an. Sie haben ihre Basis auf dem Sinai. Ansar Bait al-Makdis hatte dem IS zuvor bereits Unterstützung zugesagt.

Anschläge und Ermordung von Sicherheitskräften

Im Norden Kairos verübten Unbekannte am 13.11.14 mit einem Sprengsatz einen Anschlag auf eine U-Bahnstation. Nach der Explosion, die keine Opfer gefordert hatte, kam es zu einer Massenpanik, bei der mindestens 16 Personen leicht verletzt wurden.

Nach einem Angriff am 12.11.15 auf ein Schiff der Marine durch Bewaffnete auf Fischerbooten werden acht Soldaten vermisst. Den Behörden zufolge sollen 32 Terroristen festgenommen worden sein. Unklar ist, ob es sich bei den Angreifern tatsächlich um Extremisten oder um Schmuggler handelte.

Libyen

IS-Treue in Libyen

In der Hafenstadt Derna im Osten schwuren am 31.10.14 rund 50 Jugendliche auf Veranlassung der Gruppe Majlis Shura Shabab al-Islam dem Anführer der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) Abu Bakr al-Baghdadi die Treue. Die Majlis Shura Shabab al-Islam wurde im Frühjahr 2014 von nach Derna zurückgekehrten libyschen IS-Kämpfern gegründet, die andere örtliche Islamisten anwarben. Sie betrachtet den von ihr kontrollierten Ort als Teil des IS-Emirates.

Binnenflüchtlinge

UNHCR gab am 14.11.14 bekannt, dass auf Grund der Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen in Ostlibyen sich derzeit etwa 400.000 Menschen auf der Flucht befinden, die sich auf etwa 35 Städte und Dörfer verteilen. Die Lage wird sich voraussichtlich verschärfen, weil die Kämpfe in Derna und Bengasi anhalten.

Mali

Bruch der Waffenruhe

Die Rebellenvereinigung High Council for the Unity of Azawad (HCUA) beschuldigt die malische Armee eines Angriffs auf die Tuareg-Vereinigung südwestlich der Stadt Gao am 02.11.14. Ein HCUA-Anhänger wurde getötet, rund 20 Personen festgenommen. Der HCUA führt derzeit gemeinsam mit der MNLA und der MAA Friedensverhandlungen in Algier.

Nigeria

Aktuelle Lage bei den Kämpfen im Nordosten

Bundesstaat Adamawa: In der Nacht vom 12./13.11.14 gelang es im Zusammenwirken von Armeesoldaten, örtlichen Jägern und Angehörigen der Bürgerwehr Civilian Task Force (CTF), die Stadt Mubi von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram zurückzuerobern. Mubi (zweitgrößte Stadt des Bundesstaates Adamawa) war die bisher größte Stadt, die die Islamisten Ende Oktober 2014 eingenommen hatten. Ferner konnte am 12./13.11.14 die Stadt Maiha (etwa 30 km südlich von Mubi) befreit werden, die Boko Haram am 10.11.14 eingenommen hatte. Hierbei sollen etwa 75 Angehörige der Boko Haram getötet worden sein. Deren Kämpfer eroberten am 13.11.14 die Städte Hong und Gombi (etwa 100 km nördlich von Adamawas Hauptstadt Yola).

Bundesstaat Borno: Ebenfalls im Zusammenwirken mit Angehörigen der CTF-Miliz gelang dem Militär am 15.11.14 die Rückeroberung der zwei Tage zuvor von Boko Haram eingenommenen Stadt Chibok. Dort hatte Boko Haram im April 2014 über 200 Schulmädchen entführt, deren Verbleib noch ungeklärt ist.

Viele Tote bei Selbstmordanschlägen in vier nördlichen Bundesstaaten

Am 16.11.14 sprengte sich eine mutmaßlich der Boko Haram angehörende Selbstmordattentäterin in der Stadt Azare (Bundesstaat Bauchi) auf einem Markt in die Luft. Laut Angaben eines Krankenhausmitarbeiters wurden mindestens zehn Personen getötet und etwa 60 verletzt. Von den beiden Männern, die die Frau begleiteten, wurde nach dem Anschlag einer von der Menge gelyncht und der andere festgenommen.

Am 14.11.14 zündete ein Selbstmordattentäter in der Stadt Kano (Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates) in der Magasirku-Tankstelle den Sprengstoff in seinem Fahrzeug. Sechs Personen, darunter der Attentäter und drei Polizisten, starben.

Am Mittag des 12.11.14 zündete im nordwestlichen Bundesstaat Niger eine mutmaßlich der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram angehörende Selbstmordattentäterin in einem Lehrer-Ausbildungszentrum (Federal College of Education) der Stadt Kontagora einen Sprengkörper vor dem Eingang zur Bibliothek. Laut Polizeiangaben soll hierbei nur die Attentäterin getötet worden sein, während nach Augenzeugenberichten mindesten zehn Personen gestorben sind. Es wird vermutet, dass das Ziel des Anschlags ein nur wenige Meter entfernter Saal war, in dem gerade die Semesterabschlussprüfungen liefen.

Am 10.11.14 hatte sich in der Stadt Potiskum, nordöstlicher Bundesstaat Yobe, ein Selbstmordattentäter auf dem Schulhof der Jungenschule „Government Comprehensive Senior Science Secondary School“ in die Luft gesprengt, als etwa 2.000 Schüler zum Morgenappell versammelt waren. Bei dem Anschlag wurden mindestens 49 Schüler getötet und etwa 86 verletzt. Der mutmaßliche Boko-Haram-Attentäter konnte mit einer Schuluniform getarnt unbemerkt auf den Schulhof gelangen. Die Bombe steckte in seinem Rucksack.

Präsident Jonathan erklärt Kandidatur für zweite Amtszeit

Am 11.11.14 erklärte Staatspräsident Goodluck Jonathan vor Tausenden Anhängern auf dem Eagle Place in der Hauptstadt Abuja seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 14.02.15.

Flüchtlingszahlen im Boko-Haram-Konflikt

Laut UNHCR-Angaben vom 11.11.2014 sind im Rahmen des Boko-Haram-Konflikts seit Mai 2013 über 100.000 Personen (Nigerianer und Nigrer) aus dem Nordosten Nigerias in die Republik Niger sowie 2.700 in den Tschad geflüchtet. Über 43.000 Nigerianer haben in Kamerun Schutz gefunden. Die Zahl der intern Vertriebenen in den sechs nordöstlichen Bundesstaaten beträgt mehr als 650.000.

Uganda

Neues Gesetz gegen Homosexualität geplant

Uganda bereitet ein neues Gesetz (Prohibition of Promotion of Unnatural Sexual Offences Bill) gegen Homosexualität vor. Der Entwurf soll sich laut Berichten auf das im Strafrecht verankerte Verbot „unnatürlicher Handlungen“ stützen und gezielt die Förderung derartiger Handlungen unter Strafe stellen. Beobachtern zufolge dürfte das Gesetz Auswirkungen auf Organisationen haben, die sich für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einsetzen. Auch Medien, die über Homosexualität berichten, könnten von Sanktionen bedroht sein. Im August hatte das Verfassungsgericht ein erst im Februar in Kraft getretenes und wegen strenger Bestimmungen international scharf kritisiertes Gesetz gegen Homosexualität aus Verfahrensgründen aufgehoben.

Burkina Faso

Einigung auf Übergangsabkommen/ ziviler Übergangspräsident

Am 16.11.14 unterzeichneten Vertreter des Militärs, der Opposition, der Zivilgesellschaft sowie religiöse Führer ein Übergangsabkommen, das Bestimmungen für eine einjährige Übergangszeit bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen spätestens im November 2015 enthält. Als erster Schritt wurde noch am 16.11.14 der 72 Jahre alte Diplomat Michel Kafando von einem Wahlkomitee zum Übergangspräsidenten ernannt. Er war seit 1998 der ständige Vertreter Burkina Fasos bei den Vereinten Nationen. Seine Aufgabe ist die Auswahl eines Interimsregierungschefs sowie die Ernennung eines Kabinetts. Die Gesetzgebung soll von einem nationalen Übergangsrat von 90 Mitgliedern ausgeübt werden, dem 30 Mitglieder der Opposition, je 25 Mitglieder der Zivilgesellschaft und des Militärs sowie zehn Vertreter des Lagers des gestürzten Präsidenten Compaoré angehören sollen. Bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen dürfen die Mitglieder der Interimsführung nicht kandidieren.

Südsudan

Kämpfe

Im Norden des Landes sollen unbestätigten Berichten zufolge am 10.11.14 fünf Regierungsmitglieder und 24 Rebellen bei Kämpfen getötet worden sein. Erst am 08.11.14 hatten Südsudans Präsident Salva Kiir und Rebellenführer Riek Machar ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Beide Seiten hätten sich gegenseitig beschuldigt, den Angriff begonnen zu haben.

Äthiopien

Höchste Flüchtlingszahlen in Afrika

Im ostafrikanischen Äthiopien halten sich derzeit mit fast 650.000 mehr Flüchtlinge auf als in jedem anderen afrikanischen Staat. Das Land gehört damit zu den zehn wichtigsten Aufnahmeländern weltweit. Die meisten Flüchtlinge kommen aus Südsudan sowie viele aus Eritrea und Somalia. Nach Angaben des UNHCR sind seit Ausbruch des bewaffneten Konflikts in Südsudan Mitte Dezember 2013 rund 193.900 Menschen in das Nachbarland geflohen. Die EU hat Äthiopien deshalb zugesagt, die humanitäre Hilfe für die Aufnahme von Flüchtlingen um fünf Mio. Euro auf 31 Mio. Euro aufzustocken. Die Hilfen der EU sollen dazu beitragen, die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu decken.

Somalia

Handel trotz UN-Exportverbotes

Nach einer Pressemeldung ist der Holzkohlehandel zwischen al-Shabaab und den arabischen Staaten seit 2012 trotz UN-Exportverbotes deutlich gewachsen und soll wesentlich zur Finanzierung der Terrororganisation beitragen.

Premierminister zum Rücktritt aufgefordert

Eine Mehrheit von 14 der 22 Kabinettsmitglieder forderte am 16.11.14 in einem Brief Premierminister Abdiweli Sheikh Ahmed zum Rücktritt auf. Andersfalls würden sie ihre Ämter niederlegen. Die Unterzeichner gelten als Parteigänger von Präsident Hassan Sheikh Mohamud. Zuvor waren zwei Anläufe, ein parlamentarischer Misstrauensvotum gegen den Premierminister durchzuführen, von dessen Anhängern in der Volksvertretung durch Störungen verhindert worden. Hintergrund sind politische Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister über eine Kabinettsumbildung.

Somaliland: Gewalt im Vorfeld der Wahlen

Nicholas Kay, der Sondergesandte des Generalsekretärs der UN für Somalia, äußerte sich besorgt über gewalttätige Auseinandersetzungen am 15.11.14 im Rahmen der Vorbereitungen für die Parlamentswahlen 2015. Ein Zivilist starb und mehrere Angehörige der Sicherheitskräfte wurden verletzt. Mehrere Parlamentsmitglieder sollen verhaftet worden sein. Präsident Ahmed Mohammed rief zu Ruhe und Ordnung auf.

Westafrika/Ebola

Lagefortschreibung

Die WHO korrigierte am 05.11.14 die Zahlen der Ebola-Infektionen und -Todesopfer nach unten. Insgesamt seien in den drei hauptsächlich von Ebola betroffenen Staaten (Guinea, Sierra Leone und Liberia) 4.818 Menschen verstorben, bei 13.042 Infektionen. In Liberia ist eine sinkende Zahl von Neuinfektionen zu beobachten, in Sierra Leone und Guinea ist die Zahl stabil. Die WHO geht von einer hohen Dunkelziffer aus.

Der seit August geltende Ausnahmezustand in Liberia wird nach Angaben von Präsidentin Sirleaf vom 13.11.14 aufgrund der Fortschritte im Kampf gegen Ebola nicht verlängert. Die verhängte nächtliche Ausgangssperre bleibt bestehen. Am 16.11.14 entließ Sirleaf nach Kritik am Krisenmanagement der Regierung in der Ebola-Krise Gesundheitsminister Gwengale.

In Mali werden auf Weisung des Präsidenten Keita vom 12.11.14 die Gesundheitskontrollen an der Grenze zu Guinea (858 km) verstärkt. Vorausgegangen war ein zweiter bestätigter Ebola-Todesfall einer Pflegekraft in Bamako am 11.11.14; die Pasteur-Klinik wurde unter Quarantäne gestellt.

In Sierra Leone streikt seit dem 12.11.14 das Gesundheitspersonal der Klinik in Bandajuma (im Süden). Diese Klinik ist die einzige in der Region, die Ebola-Patienten versorgt. Die rund 400 Angestellten protestieren gegen die Regierung, die bislang die vereinbarte Gefahrenzulage in Höhe von 100 USD pro Woche nicht gezahlt hat.

Die Demokratische Republik Kongo hat sich am 16.11.14 für Ebola-frei erklärt, nachdem seit 04.10.14 keine neuen Fälle registriert wurden.

In Singapur gilt seit dem 05.11.14 eine Visumpflicht für Einreisende aus westafrikanischen Staaten, die von Ebola betroffen sind (Guinea, Liberia und Sierra Leone). Das Gesundheitsministerium begründete dies mit der Möglichkeit einer gezielten Rückverfolgung im Krankheitsfall. Der Stadtstaat ist aufgrund seiner Verbindungs- und Transitbedeutung für den internationalen Flugverkehr besonders für Epidemien anfällig. Im Jahr 2003 wurde Singapur von einer schweren SARS-Infektionswelle getroffen.

Bosnien und Herzegowina

Nationalistische Parteien gewinnen Wahlen

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 12.10.14 (vgl. BN v. 13.10.14) gewannen erneut nationalistische Parteien. Am 30.10.14 wurden die Mitglieder des dreiköpfigen Staatspräsidiums ernannt; die Sitze gingen wieder an die Kandidaten der jeweiligen Gruppe (Bosniaken, Serben und Kroaten). Die Partei der Demokratischen Aktion – SDA (Bosniaken) erhielt die meisten Sitze im gesamtstaatlichen Parlament. In der Teilrepublik Republika Srpska (RS) stellt der bosnische Serbe Milorad Dodik, der für seine separatistischen Äußerungen bekannt ist, weiterhin den Präsidenten. Auch in der bosnisch-kroatischen Föderation (FBuH) haben sich die Mehrheitsverhältnisse nur geringfügig verändert. Eine Regierungsbildung auf gesamtstaatlicher Ebene und auch auf Entitätsebene steht noch aus.

Nach Meinung vieler Beobachter geben die Wahlergebnisse wenig Grund zur Hoffnung, dass sich an der schwierigen Lage etwas bessern könnte. Das Land ist fast 20 Jahre nach dem Krieg noch immer entlang ethnischer Linien gespalten, was zu politischer Stagnation und dem Ausbleiben dringend nötiger Reformen geführt hat.

Westbalkan-Konferenz: Deutsch-britische Bosnien-Initiative

Anlässlich einer weiteren Westbalkan-Konferenz am 06.11.14 in Berlin (vgl. BN v. 01.09.14) forderten der deutsche und der britische Außenminister von der neu zu bildenden Regierung Bosniens Reformen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine Stärkung des Rechtsstaates sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Korruption. Ferner sollte sie sich verpflichten, mit der EU eine breite Reformagenda auszuarbeiten, die das Land einer EU-Mitgliedschaft näher bringt. Im Gegenzug könnte die EU finanzielle Ressourcen mobilisieren. Die USA und die EU unterstützen die deutsch-britische Initiative.

UN-Sicherheitsrat verlängert Mandat für EUFOR Mission – Russland enthält sich

Der UN-Sicherheitsrat verlängerte am 11.11.14 das Mandat der Friedenstruppe EUFOR ALTHEA um ein Jahr. Die Militärmission war 2004 ins Leben gerufen worden, um die Sicherheit in Bosnien und Herzegowina und die Umsetzung des Friedensvertrags von Dayton (1995) zu überwachen.

Erstmals votierte Russland im Sicherheitsrat nicht für eine Verlängerung der EU-Mission in Bosnien. Das Land solle nicht nach Europa gedrängt werden, hieß es. Aktuell versucht Russland durch eine anti-westliche Politik seinen Einfluss in der Westbalkan-Region zu stärken.

Ukraine

Präsident Poroschenko: Auf Krieg mit Russland vorbereitet

Anlässlich eines Treffens mit mehreren Staatschefs in der slowakischen Hauptstadt Bratislava am 15.11./16.11.14 sprach der ukrainische Präsident Poroschenko über die Lage in seinem Land. Er habe wegen des Konflikts mit den moskautreuen Separatisten keine Angst vor einem Krieg mit Russland. Auch wenn er sich nichts mehr als Frieden wünsche, so müsse man sich leider auch mit den schlimmsten Szenarien befassen. Voraussetzung für eine Konfliktlösung wäre aus seiner Sicht das Ende der Versorgung der Separatisten mit Waffen und Kämpfern durch Russland.

Staatliche Leistungen in Rebellengebieten eingestellt

Poroschenko ordnete am 15.11.14 an, die Finanzierung von Staatsbetrieben und Behörden im Bürgerkriegsgebiet zu stoppen sowie Mitarbeiter in andere Landesteile zu verlegen. Der russische Präsident Wladimir Putin kritisierte dies beim G-20-Gipfel in Australien als „Wirtschaftsblockade“ der Region.

Lage in der Ostukraine

Russland schickte in der vergangenen Woche erneut ohne Zustimmung der Regierung in Kiew einen Hilfskonvoi mit mehr als 70 Lastwagen mit rund 450 Tonnen Hilfsgüter nach Donezk und Luhansk. Die ersten kehrten am 16.11.14 nach Russland zurück. Es war bereits der siebte russische Hilfskonvoi seit August 2014. Die Ukraine kritisierte die von ihr nicht genehmigten Lieferungen als erneute Verletzung ihrer Souveränität. Die Einwohnerzahl der Großstadt Luhansk ist aufgrund des Konflikts stark gesunken. Von ursprünglich 400.000 Einwohnern seien noch rund 170.000 da, berichtete die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter Berufung auf örtliche Behörden. Zehntausende sind vor den Kämpfen auf der Flucht. Bei erneuten Auseinandersetzungen wurden nach Angaben aus Kiew am Wochenende des 15.11./16.11.14 mindestens zehn Menschen getötet.

Armenien/Aserbaidshan

Hubschrauberabschuss an der Grenze zu Berg-Karabach

Am Abend des 12.11.14 hat das aserbaidshanische Militär in der Region Agdam im Grenzgebiet zu Berg-Karabach einen Kampfhubschrauber abgeschossen. Die drei Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Aserbaidshan behauptet, der Hubschrauber sei auf dem Weg gewesen, eine aserbaidshanische Militärbasis anzugreifen. Es habe dort bereits drei Tage lang provokante Flugmanöver gegeben. Die armenische Seite behauptet, der Hubschrauber habe sich auf einem Trainingsflug befunden und keine Waffen an Bord gehabt.

Dieser Zwischenfall ist der Höhepunkt der seit Ende Juli zunehmenden Verletzungen der Waffenstillstandsvereinbarung von 1994 zwischen Armenien und Aserbaidshan. An der Grenze zwischen Aserbaidshan und der abtrünnigen Region Berg-Karabach kommt es immer wieder auch zu tödlichen Zwischenfällen, für die sich die Konfliktparteien gegenseitig verantwortlich machen.

Vom 31.07.14 bis 03.08.14 sollen 15, anderen Meldungen zufolge 20 Soldaten, hauptsächlich Aserbaidshaner, getötet worden sein. Gespräche zwischen den Präsidenten Armeniens, Sersch Sargsjan, und Aserbaidshans, Ilham Alijew, unter Vermittlung Russlands im August sowie Frankreichs Ende Oktober in Paris endeten mit den Versprechen beider Seiten, zur friedlichen Konfliktlösung beitragen zu wollen. Verhandlungen der sog. Minsker Gruppe der OSZE, unter dem Co-Vorsitz Frankreichs, Russlands und der USA, die seit der Waffenstillstandsvereinbarung mit beiden Seiten regelmäßig stattfinden, endeten bisher ebenfalls mit Versprechungen und gegenseitigen Aufforderungen, Kompromissbereitschaft zu zeigen.

Bangladesch

Erneut Todesurteil in Kriegsverbrecherprozessen

Am 13.11.14 wurde der Bürgermeister der Stadt Nagarkanda, Zahid Hossain Khokon, von einem Sondergericht u.a. wegen Massenmord, Vergewaltigung und der Zwangskonvertierung von Hindus zum Islam während des Unabhängigkeitskrieges 1971 zum Tode verurteilt. Das Gericht hat bereits mehrere Todesurteile, auch gegen Politiker, ausgesprochen. Die meisten Verurteilten gehörten der islamischen Jamaat-e-Islami an. Auch Khokon war während des Unabhängigkeitskrieges Mitglied dieser Partei. Heute gehört er der größten Oppositionspartei Bangladesh National Party (BNP) an. Er soll sich nach Anklagerhebung nach Schweden abgesetzt haben.

Professor von mutmaßlichen Islamisten ermordet

Am 15.11.14 wurde ein Professor der Rajshahi Universität in Westbangladesch ermordet, weil er seinen Studentinnen das Tragen von Gesichtsschleiern im Hörsaal verboten haben soll. Eine bisher unbekannte Gruppe namens „Ansar al Islam Bangladesh-2“ übernahm die Verantwortung.

Indien

Frauen sterben nach Massensterilisation

Bei einer Massensterilisierung sind im zentralindischen Bundesstaats Chhattisgarh nach Angaben der Regionalregierung bislang 14 Frauen gestorben. Einige befinden sich noch in Lebensgefahr. Ursache könnten

vergiftete Medikamente gewesen seien, die die Frauen nach dem Eingriff erhalten hatten. Medien berichteten, dass am 08.11.14 insgesamt 80 Frauen im staatlichen Krankenhaus Nemi Chand in der Stadt Bilaspur innerhalb von fünf Stunden von einem Arzt und dessen Assistent sterilisiert worden seien. Der Mediziner wurde ebenso zur Befragung in Polizeigewahrsam genommen wie der Eigentümer der Arzneimittelfabrik. Die Regionalregierung kündigte eine Entschädigung für die Familien der Opfer von umgerechnet jeweils 5.200 Euro an.

Kampagne gegen Bevölkerungswachstum – Kostenfreies Programm mit Anreizen

Im Rahmen eines Familienplanungsprogramms bietet die indische Regierung Frauen zur Geburtenkontrolle eine kostenlose Sterilisierung an. Die Regionalregierungen versuchen oft mit materiellen Anreizen, Paare zur Sterilisierung zu bewegen, um das Wachstum der Bevölkerung zu kontrollieren, die inzwischen 1,2 Milliarden Menschen erreicht hat. So erhielten die Frauen in Bilaspur umgerechnet 18 Euro. Im Januar 2012 hatte ein ähnlicher Fall für landesweites Aufsehen gesorgt. Damals waren drei Männer verhaftet worden, die in zwei Stunden 53 Frauen auf einem Feld ohne Narkose sterilisiert hatten. Indien versucht seit Jahrzehnten, die Bürger von gezielter Familienplanung zu überzeugen. In den 1970er Jahren gehörten dazu auch Zwangssterilisationen von Angehörigen niederer Schichten, was nach Protesten abgeschafft wurde.

China

Xinjiang: Verurteilungen

Das Volksgericht in Kashgar verurteilte am 10.11.14 öffentlich 22 Personen, mutmaßlich Uiguren, zu Haftstrafen zwischen fünf und 16 Jahren. Ihnen wurden u.a. nicht autorisiertes Predigen und Anstachelung zu ethnischen Hass vorgeworfen. Seit Mai 2014 führen Behörden in Xinjiang eine Kampagne gegen religiösen Extremismus.